

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichem Vorkurs (Sonnt. und Feiert.) als Publikationsorgan der sozialdemokratischen u. kommunistischen Organisationen u. a. m. in Halle, Magdeburg, Dessau, G. H. H. u. a. m. Verleger: Dr. G. H. H. u. a. m. Verantwortl. Redakteur: Dr. G. H. H. u. a. m. Druck: Dr. G. H. H. u. a. m. Preis: 15 Pfennig. Abonnement: 3 Mark pro Quartal. Ausland: 4 Mark pro Quartal. Postamt: Halle. Postfach: 100. Telephon: 100. Telefax: 100. Telegramm: 100. Telephon: 100. Telefax: 100. Telegramm: 100.

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichem Vorkurs (Sonnt. und Feiert.) als Publikationsorgan der sozialdemokratischen u. kommunistischen Organisationen u. a. m. in Halle, Magdeburg, Dessau, G. H. H. u. a. m. Verleger: Dr. G. H. H. u. a. m. Verantwortl. Redakteur: Dr. G. H. H. u. a. m. Druck: Dr. G. H. H. u. a. m. Preis: 15 Pfennig. Abonnement: 3 Mark pro Quartal. Ausland: 4 Mark pro Quartal. Postamt: Halle. Postfach: 100. Telephon: 100. Telefax: 100. Telegramm: 100.

Thüringen-Konflikt noch ungelöst

Neuer Brief Severings

Pollzettelgeld bleibt gesperrt - Ein Untersuchungskommissar eingesetzt

Der Reichsminister des Innern hat ein

Thüringische Staatsministerium im Auftrag am Freitag folgenden Brief gerichtet:
Ihr Schreiben vom 20. März 1930 - I B 106/30 - in dem Sie meine Anfrage vom 17. Februar 1930 beantworteten und zu dem Inhalt meines Schreibens vom 18. März 1930 Stellung nehmen, ist heute früh in meine Hände gelangt. Das das letztgenannte Schreiben erst nach seiner Verbreitung durch Rundfunk und Presse bei Ihnen eingegangen ist, bemerke ich. Das Schreiben ist, wie der Entwurf des Ministerpräsidenten ausweist, am 18. März von 20 bis 21 Uhr bei der Post angekommen, die Presse aber erst am 19. März mitgeteilt worden. Die Verbreitung durch den Rundfunk habe ich nicht bemerkt.

Wenn Form und Inhalt meines Schreibens Sie außerordentlich befremdet haben, und wenn Sie mitteilen, daß ein derartiges Vorgehen bisher im Bereich Ihres Reichs und Bundes nicht üblich war, dann habe ich zu erwidern, daß mein Schreiben nur die einzig mögliche Antwort darstellte auf das Verlangen, das von einem Mitglied des thüringischen Staatsministeriums herab und das in der Tat bisher im Bereich Ihres Reichs und Bundes nicht üblich war.

Meine Anfrage vom 17. Februar, die ich durchaus verhältnismäßig behutsam habe, ist nicht nur veröffentlicht worden, sondern Staatsminister Fried hat in einer öffentlichen Versammlung dazu erklärt, daß ich auf eine Antwort lange warten könne. Es würde mich außerordentlich freuen, wenn Sie sich nur einen Augenblick dem Gedanken Raum geben könnten, daß die Reichsregierung sich diese herabige Behandlung gefallen lassen würde.

Daß ein Mitglied des thüringischen Staatsministeriums, mein Schreiben vom 17. Februar nicht zu beantworten, nicht vorlag, hätten Sie Ihrem Mitglied, Herrn Staatsminister Fried, mitteilen sollen, als Ihnen dessen Briefverhandlungsbekannt wurde. Meine Anfrage war an das thüringische Staatsministerium und nicht an Herrn Fried gerichtet. Und wenn Herr Fried die Veröffentlichung des Staatsministeriums - wie es geschehen ist - bezweifelt, dann lag es bei Ihnen, Herrn Fried gegenüber das Entgegenkommene zu veranlassen. Mir ist nicht bekanntgeworden, daß Sie Herrn Fried über die Sachlage belehrt haben, und darum haben Sie mich in die Zwangslage gebracht, das thüringische Staatsministerium mit Herrn Fried zu identifizieren.

Durch die Mitteilung Ihrer Feststellung über den Wunsch „Aber und Fallens“ mit der meine Anfrage vom 17. Februar in der Form nunmehr beantwortet ist, ist zugleich der übliche amtliche Verkehr zwischen dem thüringischen Staatsministerium und meiner Amtsstelle wieder hergestellt. Soweit im Herbst des laufenden Jahres für Thüringen noch Fondsmittel in Betracht kommen, können jedoch nicht mehr geleistet werden, da über die betreffenden Fonds inzwischen reiflich verfügt worden ist. Ob und inwieweit im nächsten Etatsjahr Mittel aus Fonds meines Ministeriums zur Verfügung gestellt werden können, ist von der Beschlußfassung der gesetzgebenden Körperschaften und den weiteren politischen Entwicklungen abhängig.

Was die Frage angeht, ob die Voraussetzungen für die Gewährung eines Reichsaufschusses für Polizeizwecke von Seiten des thüringischen Staatsministeriums noch vorliegen, so erkläre ich mich damit einverstanden, Untersuchungen zur Klärung dieser Frage anzustellen.

Mit meinen Bestürzen zur Mitwirkung an dieser Untersuchung nach § 177 I. 7 der Grundgesetz bekenne ich den Ministerpräsidenten, dem Leiter der zuständigen Abteilung im Reichsministerium des Innern, den Sie von der Anberaumung eines

Termins für den Beginn der Untersuchungen gemäß benachrichtigen wollen. Bis zum Schluß der Untersuchungen bleibt es selbstverständlich bei der in meinem Schreiben vom 18. März mitgeteilten Anordnung.
gez. Severing

Dem Warnungssignal Severings an die thüringische Regierung ist am Freitag ein zweiter Brief an die gleiche Adresse gefolgt, an dem vor allem die Unschlüssigkeit des Reichsinnenministers zur Klärung der innerpolitischen Verhältnisse in Thüringen auffällt. Es handelt sich bei dem ganzen Konflikt keineswegs um einen „Fall der thüringischen Regierung“. Was zur Debatte steht, ist ausschließlich ein „Fall Fried“, der bringen der Klärung bedarf. Diese Klärung herbeizuführen, war bei der

Kritik gegen die Weimarer Parteizentrale von vornherein Absicht und Ziel des Reichsinnenministers, und ohne diese Klärung nicht mit allen politischen Maßnahmen herbeizuführen ist, kann der Fall Fried niemals als endgültig erledigt gelten.

Die von dem Reichsinnenminister in Aussicht gestellte Prüfung, „ob die Voraussetzungen für die Gewährung eines Reichsaufschusses für Polizeizwecke von Seiten des thüringischen Staatsministeriums noch vorliegen“, beruht auf einer der Offenheit unbekanntem Vereinbarung zwischen dem Reich und den Ländern über die Verwendung der zur Unterhaltung der Einberufung des Reichsinnenministers zur Verfügung stehenden außerordentlichen Mittel. Es liegt zunächst bei der thüringischen Regierung, ob sie sich dieser Prüfung unterziehen will oder nicht. Solange sie sich ihr nicht unterwirft, gibt es kein Geld. Unterwirft sie sich ihr aber und befriedigt sich die Verdachtsmomente gegen Fried, dann gibt es ebenfalls kein Geld, bis

Fried aus der thüringischen Regierung verschwunden

und ein Innenminister an seine Stelle getreten ist, dessen Persönlichkeit und politische Auffassung für den Schutz der Verfassung die notwendige Garantie bieten.

Dem Reichsinnenminister liegt nichts fern, als das gespannte Verhältnis mit der gegenwärtigen thüringischen Staatsregierung ohne Zwang auf die Spitze zu treiben. Was er angeordnet hat oder als pflichtgemäßiger Verfassungsmittler noch anordnen muß, richtet sich nicht gegen das thüringische Volk. Inwiefern läuft der Kampf der thüringischen Staatsregierung darauf hinaus, die Fronten zu verdrängen. Der Kampf richtet sich ausschließlich gegen die Weimarer Parteizentrale, die, wenn es nach ihrem Willen ginge, das thüringische Volk auf kurz oder lang in ein

neues Chaos stürzen würde. Derartige Absichten im Keime zu ersticken ist die Pflicht der Reichsregierung in ihrer Gesamtheit, und dieses Pflicht ist ebenfalls erst dann erloschen, wenn der Fall Fried - nur darum handelt es sich - ein für allemal erledigt ist!

Thüringen wartet ab.

Der entschlüsselte zweite Brief des Reichsinnenministers hat der thüringischen Staatsregierung die Sprache vollends genommen. Sie weiß auf ihn, trotz Herrn Fried, und bei aller sonstigen Offenheit nichts anderes zu erwidern, als daß sie sich mit dem Schreiben in der Mitte der nächsten Woche befassen werde. Man wartet demnach auf den Ausgang des Parteitag der Deutschen Volkspartei in Mannheim. Inzwischen werden wieder mehrere Tage ins Land gehen, trotzdem eine Klärung des Konfliktes schon im Interesse der thüringischen Polizei notwendig erscheint.

Was will die Volkspartei?

Parteitag mit schwarzweißbroter Aufmachung

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei, der am Freitag als Auftakt zu dem am Sonnabend beginnenden Parteitag der Volkspartei zusammentrat, fasste nach 5 1/2 stündiger Sitzung folgende Entschlüsse:

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei stimmte bei den Ausführungen des Parteivorsitzenden und Vorsitzenden der Reichstagsfraktion zur politischen Lage zu. Der Zentralvorstand billigt die Beschlüsse des Reichsaufschusses und der Reichstagsfraktion vom 2. März und erachtet, daß die Reichstagsfraktion daran unbeeinträchtigt festhalten wird und spricht dem Parteiführer und der Fraktion sein Vertrauen aus.

Aus einem Bericht der volksparteilichen „Neuen Mannheimer Zeitung“, die sich über die wichtigsten Fragen in Schweigen hält, ergibt sich, daß Scholz beizuer habe, die auf dem politischen Linie Streikemanns fortsetzen zu wollen bis zu dem Zeitpunkt, in dem der letzte Fremde Soldat deutschen Bodens verlassen habe. Mit besonderem Nachdruck habe er die Notwendigkeit unterstrichen, sich den Fragen der Diplomatie mit mehr Interesse als bisher zuzuwenden. Esparfameit an allen Orten und, wenn es notwendig ist, sogar unter Zwang, sei unerlässlich, wobei man sich bei einer Reform auf gesetzlicher Grundlage nicht zurückdrängen wird. Scholz habe bei der Aufforderung geschlossen, die Volkspartei zur Partei der wahren Reichs-

erneuerung zu machen und dazu Einigkeit und Geschlossenheit in den Reihen zu walzen.

Während das nuerbante Gebäude der volksparteilichen „Mannheimer Zeitung“ nur die Mannheimer Stadt und die höchsten Landesstellen zeigt, hat das Stammhotel der volksparteilichen Promenade, in dem am Freitag auch Dr. Curtius abgesehen ist, schwarzweißbroter Gestalt. Die Parteitagsgastgeber sind ebenfalls in schwarzweißbroter gehalten.

Der Beschluß des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei vom Freitagabend ist - wie der Sonderkorrespondent des „Esp. Freiheitssprecher“ erzählt - trotz des in ihm niedergelegten Selbstvertrauens zu dem Beschluß des Reichsaufschusses und der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei vom 2. März dahin auszuliegen, daß die Volkspartei gegen ihre anfänglichen Absichten an dem Bestand der Reichsregierung nicht zu rütteln gedenkt. Sie wird mit ihren Ministern Curtius und Molkenhauer in der Reichsregierung verbleiben und als Regierungspartei eine Finanzreform zu erreichen versuchen, wie sie nach ihren Ansichten geschaffen werden muß. Man ist sich hier über die Schweregezeiten, die den volksparteilichen Thüringen hinsichtlich der Finanzsanierung entgegenstehen, durchaus bewußt, glaubt jedoch, daß es schließlich doch möglich sein wird, ein Kompromiß zu finden. Die Basis, auf der das möglich sein soll, wird natürlich als strenges Geheimnis behütet.

Moskauer Karussell

Der abgelebene Kirchenkrieg. Kommt die Situation für allgemeinen Kulturkampf. Verschönerung gegen Stalin.

E. L. Halle, den 22. März.

Was geht in Rußland vor? Innerhalb einer Woche zwei sensationelle Meldungen: Heizer, Kars und Ermagungen über Stalin's Rücktritt. Das sind Lebensfragen, die unsere deutschen Kommunisten nie und nimmer exportiert hatten. Das halboffene Kapellenblatt hat darüber so die Sprache verloren, daß es nicht wagte, in eigener Stellungnahme seinen Lesern Aufklärung über die Abkehr Moskaus von der bisherigen Linie zu geben. Es wäre auch ein außerordentlich schwieriges Manöver gewesen. Hatte die Kommunistenpresse doch noch am Tage vor der Veröffentlichung

Friedrich Naumann.



Der bekannte Sozialpolitiker, würde am 25. März 70 Jahre alt geworden sein.

Moskaus Artikel und Bilder gebracht, in welchen die genossenschaftliche Schließung der Kirchen in Rußland als eine kommunistische Kulturkampf ersten Ranges gepriesen wurde. Und nun mit einem Male diese Kulturkampf als „linksradikale Abkehrung“ verdammt? Das war selbst ein bißchen zudiel für die sonst jeden Befehl Moskaus kritiklos verarbeitenden kommunistischen Redaktoren.

Allerdings, sehr unangenehm überfällt durch diesen Kurswechsel in Rußland fast auch die europäischen Kirchen. Sowohl der Papst, als auch die deutschen Evangelischen und die englischen Kirchenfürsten hatten große Protestationen mit Gebet und Glorianten gegen die „Christenverfolgungen in Rußland“ angelegt. Dieser christlichen Agitationsmade ist jetzt so plötzlich jeder Sturm entzogen worden. Dabei zeigt sich wieder einmal, daß die katholische Kirche der Situation noch nicht so behutsam gewachsen ist. Die Zentrums- und Sozialdemokraten veröffentlicht auch in diesen Tagen noch Artikel über die kommunistischen Christenverfolgungen, aber diese beschäftigen sich jetzt weniger mit Vorformnissen in Rußland, nachdem dort zwischen Staat und Kirche der Frieden wieder hergestellt ist. Niemehr müßt die jeder Situation gewandene römische Kirchenpolitik diesen ihr höchst unwillkommenen Kirchenfrieden in Rußland jetzt davon aus, um die Gläubigen gegen die gläubigen christlichen Bestrebungen kommunistischer Art in Deutschland zum Kampf aufzurufen. D. h. Zentrum, Kirche und katholische Vereine sollen energisch kämpfen gegen die Umtriebe, die „Verführung der christlichen Ehe und Familie“ bezwecken und ebenjo gegen die



Volksblatt-Geschäftsstelle Bismarckstraße 34

Zur Jugendweibe.

Wie in allen Jahren wird auch diesmal die Jugendweibe von der Arbeiterschaft herzlich begrüßt...

Erfolg der Gewerkschaften

Die Betriebsratswahl in den fünfzig Betrieben hat zu einer schweren Niederlage der Kommunisten geführt...

Anstellung eines Lehrers auch in der Volksschule.

Wie aus der Tagesordnung zur Stadtbürgermeisterversammlung hervorgeht, soll auch in der Volksschule eine Lehrstelle geschaffen werden...

Wasserverletzung gefährdet?

Infolge des trockenen Herbstes und Winters ist der Wasserpegel der Saale und somit auch der Grundwasserstand erheblich gesunken...

Wochenmarkt.

Am Sonntag den 2. Oktober 1930...

Letzte Nachrichten.

Auflösung in England?

Der Reichstag hat in London verurteilt am Freitag den 31. August 1930...

Der Reichstag hat in London verurteilt...

Der Reichstag hat in London verurteilt am Freitag den 31. August 1930...

Fleischbeschau bei Hauschlachtungen

Die Unterstellung der Hauschlachtungen, insbesondere der hausgeschlachteten Schweine...

Landkreis Merseburg

Ist das ein Badeort würdig?

Wenn die Anlieger der neuen Städte ihren Sonntag in unserem Badesort verbringen...

Kreis Querfurt

Bekommt Weitin eine neue Schule?

Wichtigster Beschluss der Schuldeputation zur Beseitigung der unhygienischen Zustände in der Volksschule

Saalkreis

Bekommt Weitin eine neue Schule?

Wichtigster Beschluss der Schuldeputation zur Beseitigung der unhygienischen Zustände in der Volksschule

Schule erziehen will. Gemeindevorsteher...

Schule erziehen will. Gemeindevorsteher... Die Beschaffenheit der beschriebenen Räumlichkeiten...

Bessere Schulverhältnisse nötig.

Der Antrag nach den höheren Schulen vor auch in diesem Jahre wieder besonders stark...

Der Weg zur Einigung der Arbeiterkassen.

Der Weg zur Einigung der Arbeiterkassen... Die Arbeiterkassen der SPD...

Gemeindevorsteherprüfung

Gemeindevorsteherprüfung... Die Prüfung der Gemeindevorsteher...

Waldkreis

Bekommt Weitin eine neue Schule?

Wichtigster Beschluss der Schuldeputation zur Beseitigung der unhygienischen Zustände in der Volksschule

Waldkreis

Bekommt Weitin eine neue Schule?

Wichtigster Beschluss der Schuldeputation zur Beseitigung der unhygienischen Zustände in der Volksschule

Waldkreis

Bekommt Weitin eine neue Schule?

Wichtigster Beschluss der Schuldeputation zur Beseitigung der unhygienischen Zustände in der Volksschule

Waldkreis

Waldkreis... Waldkreis... Waldkreis...

Waldkreis

Waldkreis... Waldkreis... Waldkreis...

Waldkreis

Waldkreis... Waldkreis... Waldkreis...

Waldkreis

Waldkreis... Waldkreis... Waldkreis...

Waldkreis

Waldkreis... Waldkreis... Waldkreis...

Waldkreis

Waldkreis... Waldkreis... Waldkreis...

Waldkreis

Waldkreis... Waldkreis... Waldkreis...

Waldkreis

Waldkreis... Waldkreis... Waldkreis...

Waldkreis

Waldkreis... Waldkreis... Waldkreis...

